

Kleine Anfrage der Fraktion der CDU

Was ist aus dem Integrationsplan für ausländische Roma geworden?

Seit dem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens im Jahr 2007 und Kroatiens im Jahr 2013 hat die Zuwanderung aus diesen Ländern nach Deutschland erheblich zugenommen. 2013 waren nach Angaben des Senats 4223 Menschen aus Bulgarien und 1653 Menschen aus Rumänien in Bremen und Bremerhaven gemeldet. Darüber hinaus ist von einer erheblichen Dunkelziffer auszugehen. Im Zuge des starken Zuzugs von Flüchtlingen sind 2014 und 2015 zudem viele Menschen aus den Nicht-EU-Westbalkanstaaten nach Deutschland eingewandert, die hier keine Bleiberechtsperspektive haben und in ihre Heimatländer zurückkehren müssen.

Wie der Bericht des Senats vom 11.3.2014 deutlich macht (Drs. 18/1302) kommen viele Bulgaren und Rumänen wegen der Chancen- und Perspektivlosigkeit in den Heimatländern, wegen Diskriminierung auf Grund ethnischer und sozialer Herkunft oder rassistischen Übergriffen nach Bremen und Bremerhaven. Viele der Zuwanderer sind Roma, die in Südosteuropa in Armut leben. Sie haben in den Herkunftsländern häufig keinen Zugang zum Bildungs- und Gesundheitssystem und sind von Arbeits- und Wohnungslosigkeit betroffen.

Etliche Angehörige der Volksgruppe der Roma, die inzwischen in Bremen und Bremerhaven leben, weisen trotz des 2014 beschlossenen Maßnahmenpaketes des Senats (Drs. 18/1302) erhebliche soziale Problemlagen auf. Obwohl die Gefahr besteht durch eine verallgemeinernde Situationsbeschreibung stereotype Zuschreibungen zu festigen, bedarf es dennoch nach wie vor geeigneter Maßnahmen, die der Zielgruppe der ausländischen Roma gerecht werden. Diese besonderen Bedarfe bestehen nicht für alle ausländischen Roma und auch nicht für alle ausländischen Roma in gleicher Weise. Vor dem Hintergrund der momentanen Situation in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven ist zweifelhaft, ob das Maßnahmenpaket des Senats bisher den gewünschten Erfolg gezeigt hat.

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Bürger Bulgariens, Rumäniens und Kroatiens, sind seit 2013 neu ins Land Bremen neu eingereist? Wie viele Staatsangehörige anderer Westbalkanstaaten halten sich derzeit mit welchem Aufenthaltsstatus in Bremen auf? (bitte aufgeschlüsselt nach Stadtgemeinden und Nationalitäten)

2. Wie viele dieser Zuwanderer sind im Besitz einer EU-Arbeitsgenehmigung? Wie viele sind Selbstständige? Wie viele erhalten welche Transferleistungen? Wie viele wurden wegen Schwarzarbeit oder illegaler Beschäftigung seit 2013 auffällig? Welche Maßnahmen hat der Senat, wie im Bürgerschaftsantrag Drs.18/1407 gefordert, seit 2013 konkret in diesem Bereich eingeleitet? (bitte aufgeschlüsselt nach Stadtgemeinden und Jahren darstellen)?

3. Wie viele schulpflichtige Kinder und Jugendliche aus Bulgarien, Kroatien und Rumänien, deren Eltern nach dem EU-Beitritt ihres Landes neu ins Land Bremen eingereist sind, leben derzeit im Land Bremen? (bitte aufgeschlüsselt nach Stadtgemeinden darstellen)

4. Wie viele Kinder und Jugendlichen aus den neuen EU-Staaten bzw. anderen Westbalkanstaaten besuchen derzeit eine Schule oder einen Kindergarten? Wie stellt der Senat die Einhaltung der Schulpflicht sicher? Welche Erkenntnisse hat der Senat über Gefährdungen des Kindeswohls und welche konkreten Maßnahmen hat er seit 2013 getroffen, um dieser entgegenzuwirken? (bitte aufgeschlüsselt nach Stadtgemeinden darstellen)

8. Welche (der in Drs. 18/1302 angekündigten) Beratungsangebote und Selbsthilfeeinrichtungen hat der Senat seit 2014 speziell für ausländische Roma in Bremen und Bremerhaven geschaffen? Wie oft wurden diese jährlich in Anspruch genommen? Wie wurden bestehende Beratungsangebote neu ausgerichtet? Welche und wie viele externen Fachleute und Sprachmittler wurden, wie im Bürgerschaftsantrag Drs. 18/1407 gefordert, hinzugezogen? Welche Flyer und mehrsprachigen Informationsmaterialien wurden seit 2014 für die Zielgruppe entwickelt? Welche Mittel wurden dafür zur Verfügung gestellt? (bitte aufgeschlüsselt nach Stadtgemeinden und Beratungsangeboten (für Männer und für Frauen) darstellen)

9. Wie viele bulgarische, rumänische und kroatische Staatsbürger waren seit 2013 tatverdächtige einer Straftat? Wie viele von ihnen wurden seit 2013 wegen welcher Delikte verurteilt? Welche (der in Drs. 18/1302 angekündigten) Maßnahmen hat der Senat im Bereich Innere Sicherheit und bei der Bekämpfung von Menschenhandel seit 2014 konkret umgesetzt? Welche Maßnahmen wurden insbesondere in den Bereich Prostitution, Melderecht, Fahrzeugzulassung, Vermüllung und Gebäudenutzung/Brandschutz umgesetzt? (bitte aufgeschlüsselt nach Stadtgemeinden darstellen)

10. Welche Probleme bestehen derzeit im Bereich der gesundheitlichen Versorgung von Zuwanderern aus Bulgarien, Rumänien und Kroatien? Zu welchen Ergebnissen ist der Senat bei der (in Drs. 18/1302 angekündigten) Prüfung der befristeten Erweiterung der Clearingstellen gekommen? Welche konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der medizinischen Versorgung wurden seit 2014 umgesetzt? (bitte aufgeschlüsselt nach Stadtgemeinden)

11. In wie vielen Fällen ist die kommunale Wohnaufsicht nach dem Inkrafttreten des Wohnaufsichtsgesetzes mit jeweils welchen Konsequenzen aktiv geworden? In wie vielen Fällen handelte es sich bei den Bewohnern um Menschen aus Bulgarien, Rumänien

und Kroatien? Plant der Senat vor dem Hintergrund des aktuellen Zuzuges das Wohnaufsichtsgesetz zu modifizieren? (bitte aufgeschlüsselt nach Stadtgemeinden)

12. Wie wird in Bremen und Bremerhaven derzeit mit im Freien campierenden Zuwanderern aus Bulgarien, Kroatien und Rumänien umgegangen? An welchen Orten campieren diese Menschen hauptsächlich und wie hoch schätzt der Senat ihre Zahl? Wie viele Menschen aus Bulgarien, Rumänien und Kroatien werden regelmäßig im Bereich Wohnungslosenhilfe vorstellig und welche Möglichkeiten gibt es dort für den Umgang mit dieser Gruppe? (bitte aufgeschlüsselt nach Stadtgemeinden darstellen)

13. Welche im Bürgerschaftsantrag Drs. 18/1407 geforderten Projekte im Bereich Antiziganismus haben seit 2014 in Bremen wo stattgefunden? Welche Projekte im Bereich Antiziganismus finden derzeit in bremischen Schulen statt? Welche weiteren Projekte sind ggf. geplant? (bitte aufgeschlüsselt nach Stadtgemeinden darstellen)

Sigrid Grönert, Birgit Bergmann, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der
CDU